

-Runder Tisch-

der Berufs- und Personengruppen der ehemaligen DDR

Presseinformation

Der Härtefallfonds reicht nicht! - Schreiben an Ost-MP

Der Runde Tisch Rentengerechtigkeit hat auf seiner Videokonferenz am 13.12. 2022 beschlossen, sich mit einem erneuten Appell an die Ost-Ministerpräsident*innen zu wenden. In diesem Schreiben heißt es:

„Der geplante **Härtefallfonds der Bundesregierung** ist eine Demütigung für Hunderttausende bisher benachteiligter ostdeutscher Rentner der DDR-Berufs- und Personengruppen und ist lediglich ein Almosen für nur Wenige mit sehr niedrigen Renten.

Wir, der **Runde Tisch Rentengerechtigkeit**, beziehen uns mit unserer Kritik auf eine Antwort des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales, wonach etwa 50.000 bis 70.000 Personen, aus der Kategorie „Ost-West-Rentenüberleitungsfälle“ vom Härtefallfonds profitieren werden. Diese Annahmen sind mehr als zweifelhaft. Unsere Forderung ist außerdem, dass der Ausschluss der bisher nicht berücksichtigten Berufsgruppen, die Naturwissenschaftler bei der AVI tech, die Leistungssportler ziviler Sportclubs (Direktstudenten) und die Freischaffenden bildenden Künstler, rückgängig gemacht wird.

Wir fordern deshalb die Bundesländer auf, sich dafür einzusetzen, dass die Ausschlusskriterien für den Härtefallfonds abgeschafft werden und dass, wie 2021 geplant, vom Bund 1 Mrd. Euro für den Fonds bereitgestellt werden.

Denn mit der nun bekanntgewordenen Entscheidung zum „Härtefallfonds“ wird der Bund lediglich wieder neues gravierendes Unrecht schaffen und in keiner Weise zur sozialen Befriedung der Situation beitragen

Nur mit der **Schaffung eines Gerechtigkeitsfonds besteht eine wirkliche letzte Chance, einen Beitrag zur „Sozialen Einheit“ zu leisten** und die endgültige biologische Lösung zu verhindern!

Unsere berechtigte **Forderung** seit 2019: Eine durchschnittliche Abfindungszahlung zwischen **10.000 und 20.000 Euro/Betroffenen**.

Diese Summe beträgt damit nur etwa ein Zehntel dessen, was der Bund allein durch Nichtgewährung der gesetzlichen Ansprüche der Berufs- und Personengruppen an jedem Betroffenen dieser Gruppen in den vergangenen 30 Jahren „gespart“ hat.

Es besteht dringender Handlungsbedarf. Die Generation, die ganz entscheidend zur Wiedervereinigung beigetragen hat, darf nicht zu den Verlierern der Einheit gehören.

Die **Denkschrift zur Deutschen Einheit**, sollte auch bei der Schaffung von Gerechtigkeit bezüglich der immer noch offenen Fragen bei der Rentenüberleitung Beachtung finden!“

Leipzig, den 13.12.2022

Dietmar Polster

-Sprecher RT-

Dr. Klaus-Dieter Weißenborn

-Sprecher RT-